

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2695

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2695



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Executive Summary auf Deutsch

IT'S THE FINANCE SECTOR, STUPID

Banken, Versicherungen und Pensionskassen sind für den Klimanotstand ebenso verantwortlich wie die fossile Energiewirtschaft - insbesondere die Teilnehmer des WEF in Davos.

21. Januar 2020

Zusammenfassung

Greenpeace International hat analysiert, welche [Banken](#), [Pensionskassen](#) und [Versicherungen](#) zum jährlichen Treffen nach Davos gehen, aber dem erklärten Ziel des Forums, "den Zustand der Welt zu verbessern", alles andere als gerecht werden. Diese Finanzakteure ignorieren weitgehend die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Warnungen bezüglich der Finanzierung fossiler Brennstoffe.

Mit Hilfe von Daten aus einer Reihe von öffentlich zugänglichen Quellen wie BankTrack, UnfriendlyCoal und OpenSecrets wurde untersucht, wie viel Geld die an der Jahrestagung in Davos teilnehmenden Finanzakteure seit dem Pariser Abkommen in fossile Brennstoffe reinvestiert haben und wie ihre öffentlichen Positionen der globalen Klimakrise gegenüber nicht mit ihren Geschäftstätigkeiten übereinstimmen.

Ausserdem wird aufgezeigt, wie [Lobbyisten und PR-Firmen](#) von Finanzakteuren und Unternehmen im fossilen Energiebereich gezielt eingesetzt werden, um gegen die Umsetzung des Pariser Abkommens zu arbeiten.

Die Kurzsichtigkeit des Finanzsektors und die Untätigkeit von Regulierungsbehörden könnten eine erneute globale Finanzkrise verursachen.

Der Finanzsektor bleibt auf kurzfristige Ziele fokussiert und trifft global relevante Entscheidungen auf der Grundlage unzureichender Analysen. Ohne Eingriff von [Regulierungsbehörden](#), welche zu einer längerfristigen Orientierung verpflichtet sein müssten, ist eine Wiederholung des Finanzcrashs von 2008 durchaus möglich.

Weder Politik noch Unternehmen oder Finanzinstitutionen ergreifen Massnahmen zur Erreichung des Pariser Abkommens in einem Tempo, das dem Ausmass der Klimakatastrophe angemessen wären. Es ist inzwischen klar geworden, dass freiwillige Massnahmen allein nicht ausreichen, um die Krise zu bewältigen. Deshalb fordert Greenpeace dringend, dass Regierungen und Parlamente eine bessere Regulierung der Finanzakteure sicherstellen. Der [Report von Greenpeace](#) liefert hierfür klare [Empfehlungen](#).

Auf einem Blick

Unter www.worldeconomicfailure.com findet sich eine interaktive Karte zur Vernetzung zwischen den Teilnehmern des World Economic Forum, darunter Banken, Versicherungen und Pensionskassen, wie auch Energieunternehmen aus dem fossilen Bereich.

Die Banken

Seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens haben 33 grosse globale Banken zusammen 1,9 Billionen US-Dollar in fossile Brennstoffe investiert. 24 dieser Banken nahmen an der Jahrestagung 2019 des Weltwirtschaftsforums in Davos teil und werden voraussichtlich auch an der diesjährigen Veranstaltung in Davos teilnehmen. Diese 24 Banken haben seit der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 und bis Ende 2018 fossile Brennstoffe mit 1,4 Billionen US-Dollar finanziert. 1,4 Billionen US-Dollar ist der gleiche Betrag, den die 3,8 Milliarden ärmsten Menschen der Welt im Jahr 2018 hatten, was dem Vermögen der 26 reichsten Menschen der Welt entspricht.

1. JP Morgan Chase = US\$195.663bn
2. Citi = US\$129.493bn
3. Bank of America = US\$106.687bn
4. RBC Royal Bank = US\$100.537bn
5. Barclays = US\$85.179bn
6. MUFG = US\$80.039bn
7. TD Bank = US\$74.151bn
8. Scotiabank = US\$69.571bn
9. Mizuho = US\$67.710bn
10. Morgan Stanley = US\$66.931bn
11. Goldman Sachs = US\$59.257bn
12. HSBC = US\$57.808bn
- 13. Credit Suisse = US\$57.419bn**
14. Bank of Montreal = US\$56.577bn
15. Deutsche Bank = US\$53.939bn
16. Canadian Imperial Bank of Commerce (CIBC) = US\$37.372bn
17. Société Générale = US\$36.469bn
- 18. UBS = US\$25.844bn**
19. ING = US\$25.555bn
20. BPCE/Natixis = US\$20.830bn
21. Standard Chartered = US\$15.244bn
22. Santander = US\$14.973bn
23. BBVA = US\$12.080bn
24. Royal Bank of Scotland (RBS) = US\$4.368bn

Unter www.worldeconomicfailure.com finden sich interaktive alternative Visitenkarten, welche die Verbindungen zwischen Banken, Energiekonzernen sowie Lobbyisten im Bereich der fossilen Brennstoffe abbilden.

Pensionskassen

Pensionskassen sind eine wichtige Säule in der Finanzwelt. Sie investieren in Versicherungsgesellschaften, Vermögensverwalter, Banken und fossile Energieunternehmen. Das von den 20 grössten Pensionskassen der Welt verwaltete Vermögen belief sich 2018 auf 18 Billionen US-Dollar, könnte jedoch in Gefahr geraten, wenn Finanzunternehmen wie Versicherungen, Vermögensverwalter und Pensionskassen ihre Exponierung gegenüber fossilen Brennstoffen nicht reduzieren.

87% der von den 100 grössten öffentlichen Pensionskassen der Welt verwalteten Vermögenswerte müssen laut dem Asset Owners Disclosure Project noch eine formelle Bewertung des Klimarisikos durchlaufen. Nur 15% von ihnen hatten per 2018 Ausschlusskriterien für Investitionen im Kohleindustriesektor und 65% dieser Fonds haben keine verantwortungsvolle Anlagepolitik mit Berücksichtigung von Klimafinanzrisiken.

Insgesamt verfügen drei Pensionskassen, die 2019 in Davos vertreten waren, über Anlagen im fossilen Energiebereich im Wert von mindestens 26 Milliarden US\$, unter anderem bei Shell, Chevron und Exxon sowie bei den Banken für fossile Brennstoffe JP Morgan Chase, Bank of America und Royal Bank of Canada. Diese Pensionsfonds sind der Ontario Teachers' Pension Plan, der Canada Pension Plan Investment Board und die PensionDanmark.

Versicherungen

Versicherungsgesellschaften können eine einzigartige Rolle bei der Beschleunigung und dem Ausbau des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft spielen. Wenn ein Sektor nicht versicherbar ist, ist er nicht bankfähig. So können die meisten Projekte für die Gewinnung von fossilen Brennstoffen nicht ohne Versicherung finanziert, gebaut oder betrieben werden. Darüber hinaus haben die Versicherer geschätzte 24 Billionen US-Dollar an verwaltetem Vermögen, so dass ihre Entscheidungen darüber, wo sie investieren, ein beträchtliches Gewicht in der Weltwirtschaft haben.

2017 war bisher das kostspieligste Jahr für Naturkatastrophenereignisse mit 344 Milliarden US\$ an globalen wirtschaftlichen Schäden, von denen 97 Prozent auf wetterbedingte Ereignisse zurückzuführen sind. Die Schätzungen der versicherten Schäden aus Naturkatastrophen im Jahr 2017 betragen insgesamt 140 Milliarden US\$.

Der Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) für das Jahr 2018 schätzt, dass die globalen wirtschaftlichen Schäden bis 2100 bei einer Erwärmung des Planeten um 1,5 Grad Celsius 54 Billionen US\$, bei einer Erwärmung um 2 Grad Celsius 69 Billionen US\$ und bei einer Erwärmung um 3,7 Grad Celsius 551 Billionen US\$ erreichen werden.

Fünf der weltweit schlimmsten Versicherer gemäss der Unfriend Coal Scorecard haben am WEF 2019 in Davos teilgenommen und werden voraussichtlich auch in diesem Jahr teilnehmen. Es handelt sich dabei um AIG, Prudential, Sompo, Tokio Marine und Lloyd's.

Greenwashing, PR und Lobbyarbeit

BP, Shell, ExxonMobil, Chevron und Total geben Berichten zufolge jährlich 195 Millionen US-Dollar für Branding-Kampagnen aus, um sich als Vorkämpfer der Energiewende darzustellen - während sie ihre Ausgaben für die Förderung fossiler Brennstoffe erhöhen, so ein Bericht von InfluenceMap aus dem Jahr 2019. Das Climate Investigations Center (CIC) hat 2019 herausgefunden, dass die mit fossilen Brennstoffen verbundenen Wirtschaftsverbände zwischen 2008 und 2017 sechsmal mehr für PR- und Werbeagenturen ausgegeben haben als für die Förderung der erneuerbaren Energien.

Für Lobbying, das "dazu dient, verbindliche klimabezogene Politik zu kontrollieren, zu verzögern oder zu blockieren", geben BP, Shell, ExxonMobil, Chevron und Total laut InfluenceMap zusammen 200 Millionen US-Dollar pro Jahr aus. Der britische Think Tank gibt auch an, dass BP mit 53 Millionen US\$ die höchsten jährlichen Ausgaben für Klima-Lobbying hat, gefolgt von Shell mit 49 Millionen US\$ und ExxonMobil mit 41 Millionen US\$. Chevron und Total geben jeweils rund 29 Mio. US\$ pro Jahr aus.

Auch die Finanzindustrie investiert ins Lobbying für ihre Interessen. Greenpeace International hat bei der Analyse von Daten aus dem Jahr 2019, die vom Center for Responsive Politics und dem Büro für öffentliche Aufzeichnungen des US-Senats herausgegeben wurden, festgestellt, dass einige am Weltwirtschaftsforum präsente Finanzinstitute die gleichen US-Lobbying-Firmen nutzen wie gewichtige Energiekonzerne.

Als Beispiel hat die Podesta Group 2017 im US-Kongress im Namen der Bank of Montreal, der Credit Suisse, des Canada Pension Plan Investment Board und des Ontario Teachers' Pension Plan Lobbying betrieben. Die Firma lobbyierte ebenso im Namen der Kunden BP, General Electric und Golden Pass Projects im US-Kongress. Die Lobbying-Firma wurde 2017 von 105 Kunden für einen Gesamtbetrag von 18,4 Mio. USD beauftragt.

Weitere Lobby-Beispiele finde sich im [englischen Original des Berichts](#).

Neue Finanzkrise im Anmarsch

Nach Angaben der "Economist Intelligence Unit" könnte der Klimawandel die Weltwirtschaft bei den heutigen Preisen zwischen 43 Billionen und 54 Billionen US-Dollar kosten. Das sind 30 % des gesamten weltweiten Bestands an überschaubaren Vermögenswerten.

Der Finanzsektor wird davor gewarnt, dass die steigende Verschuldung einen ähnlichen Crash wie 2008 auslösen könnte, wobei der Internationale Währungsfonds die Situation Berichten zufolge als eine Wiederholung der Jahre vor der letzten Finanzkrise bezeichnet. Im Dezember 2019 erklärte die Weltbank, dass die globale Schuldenwelle in den am meisten vom Klimawandel betroffenen Schwellen- und Entwicklungsländern die grösste und schnellste seit fünfzig Jahren ist.

Der Finanzsektor ignoriert weitgehend die Wirtschafts- und Umweltwarnungen der UNO, des IWF, der Weltbank sowie mehrerer anderer führender Gremien, darunter 34 Zentralbanken, oder reagiert zu langsam mit inkrementellen freiwilligen Massnahmen.

Solche Warnungen sind nicht neu: Vor fünf Jahren warnte der Gouverneur der Bank von England, Mark Carney, dass "gestrandete Vermögenswerte" - das heisst Kohle, Öl oder Gas, welche unter der Erde bleiben müssen, sowie die gesamte Infrastruktur für fossile Brennstoffe, die ihren Wert verlieren werden - eine "Kohlenstoffblase" von 20 Billionen US-Dollar bilden, welche die Immobilienblase, die den Finanzcrash von 2008 ausgelöst hat, bei weitem übersteigt.

Regulierungsbehörden nehmen ihre Pflichten nicht wahr

Die Regulierungsbehörden haben die Warnzeichen in den 2000er Jahren übersehen. Finanzakteure, die von kurzfristigen Gewinnen getrieben wurden, haben damals die Risiken nicht verstanden oder ignoriert, und die meisten, die diese Krise überlebt haben, taten dies, weil die Steuerzahler ihnen aus der Klemme geholfen haben. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Finanzinstitute erneut den gleichen katastrophalen Fehler machen, denn dieses Mal wird keine Rettung möglich sein - weder für sie noch für den Planeten.

Empfehlungen

Regierungen, Parlamente, Zentralbanken und Aufsichtsbehörden müssen den globalen Finanzsektor dringend gemeinsam auf Kurs bringen, um Kapital schnell dorthin zu bewegen, wo es es schon gebraucht wird. Sie müssen dafür sorgen, dass die Finanzströme in eine nachhaltige Zukunft gelenkt werden und nicht weiter zur Beschleunigung der Klima- und Biodiversitätskrise beitragen. Hierzu eine Liste von Empfehlungen, welche keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben:

1. Die Regierungen müssen die angebotsseitigen Subventionen und die Finanzierung von Exportkrediten für fossile Brennstoffe beenden und Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien schaffen.
2. Es müssen Vorschriften eingeführt werden, um Kreditvergaben und Investitionen aus den kohlenstoffreichen in andere Sektoren zu verlagern.
3. Für die Kreditvergabe an fossile Brennstoffe und andere kohlenstoffreiche Sektoren sollten höhere Kapitalanforderungen gelten (brown penalty)
4. Die Zentralbanken müssen fossile Brennstoffe und andere energieintensive Industriezweige von ihren Programmen zum Ankauf von Vermögenswerten ausschließen und den Sektoren, die den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft vorantreiben, Vorrang geben.
5. Die Zentralbanken sollten dem Beispiel der Bank of England und der niederländischen Zentralbank folgen und eine Reihe von Klimaszenarien in die Stresstests der Finanzinstitute einbeziehen.
6. Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, sollten die Regierungen den Zentralbanken ein explizites Mandat erteilen, ihren Finanzstabilitäts-Horizont zu erweitern, um das Klimarisiko vollständig zu erfassen und eine Dekarbonisierung-Triebfeder zu werden.
7. Die Berichterstattung im Rahmen der Task Force für klimabezogene Finanzinformationen (TCFD) muss obligatorisch werden.



Hinweis

Methodik, Quellen und Autorenschaft finden sich unter www.worldeconomicfailure.com und dem englischen Original des Berichts von Greenpeace International.

Impressum

[It's the finance sector, stupid!](#)

21. Januar 2020

Bild Titelseite: © Greenpeace

Greenpeace Schweiz
Badenerstrasse 171
Postfach 9320
CH-8036 Zürich
schweiz@greenpeace.org
www.greenpeace.ch/plastik

Greenpeace finanziert ihre Arbeit für die Umwelt ausschliesslich aus Spenden von Privatpersonen und Stiftungen. Die Recherche und Erstellung dieses Berichtes wurde dank projektbezogenen Spenden ermöglicht.

Herzlichen Dank.

Spendenkonto: PC 80-6222-8